



Sozialdemokratische Partei
des Kantons Zürich

Arbeitsgemeinschaft Alter

Information Nr. 18

Soziale Gerechtigkeit – Leitmotiv für unsere Gesellschaft

Solidarität bildet das Fundament der Eid-Genossenschaft. Ohne politischen Ausgleich zwischen Kulturen und Sprachregionen, ohne sozialen Ausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen Reich und Arm gäbe es die Schweiz nicht. Darum wehren wir uns sowohl gegen das moderne Raubrittertum der Abzocker wie gegen die Diffamierung aller sozialen Einrichtungen durch eine gezielte Schlechtmacherei oder gegen die Diskriminierung von AusländerInnen, Armutsgefährdeten und Menschen mit Behinderungen.

Ein gerechter Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung steht allen zu. Höhere Löhne und gerechte, progressive Steuern nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gehören ebenso dazu wie Lehrstellen für alle Jugendlichen, eine lebenslange Weiterbildung für alle und eine soziale Absicherung der Pflege im Alter.

Wir leben in einer schwierigen Zeit und einem schwieriger gewordenen Land. Der Soziologe Prof. Kurt Imhof und der Publizist Roger de Weck haben kürzlich im „Magazin“ folgendes dazu geschrieben: „Wir leben heute in der ‚Weniger-Schweiz‘: tendenziell weniger Lohn, weniger Pension, weniger Leistung der Krankenkasse, weniger IV, weniger Sozialpartnerschaft, weniger Gleichheit der Chancen, weniger Geltung der Menschenrechte und des Völkerrechts, auf das gerade die kleinen Staaten erpicht waren, um dem Recht des Stärkeren zu wehren.“

Gegen diese Entwicklung müssen wir uns mit aller Kraft und auf allen Ebenen zur Wehr setzen. Die Soziale Agenda Zürich bildet dabei ein hilfreiches und nützliches Instrument.

*Marianne de Mestral und Karl Gruber,
Co-Präsident/in der AG Alter*

Links sein - sozial sein. In der Politik ist die Frage nach einer sozialen Gesellschaft die zentrale Frage. Wir müssen den bürgerlichen Kräften, ihrer Sparwut und Begünstigung der Reichen sowie der Hetzjagd gegen AusländerInnen und «MissbräucherInnen» Paroli bieten.

Die Soziale Agenda Zürich lag am ausserordentlichen Parteitag der SP Kanton Zürich vom 10. Mai 2007 auf. Sie wurde nach dem Wahldesaster im Frühling durch linke Kräfte in der Partei initiiert. Mitglieder der AG Alter und der JUSO riefen am a.o. Parteitag gemeinsam dazu auf, die soziale Frage wieder ins Zentrum zu stellen - auch im Hinblick auf die nationalen Wahlen vom 21. Oktober 2007.

Es ist eine Schande, dass Zürich zum Hauptkanton der Abzocker wurde, die Millionen ohne Gegenleistung einsacken. Mit Steuergeschenken an Reiche kommen dem Staat Millionen abhanden. Es entsetzt mich, dass Frauen durchschnittlich 20% weniger verdienen. Es erschüttert mich, dass viel zu viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz finden. Es ist unerträglich, dass die Preise fürs Wohnen ständig ansteigen. Und es ist traurig, dass immer mehr Menschen Angst haben müssen, nicht in Würde und Sicherheit alt werden zu können.

Gegen dieses soziale Auseinanderdriften müssen wir kämpfen. Gerechtigkeit jetzt! Die Soziale Agenda analysiert diese Entwicklung und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf. Das Papier darf nun nicht in der Schublade verstauben, die Probleme der Gesellschaft sind zu gravierend!

*Mattea Meyer und Cap Shaller, Co-Präsident/in
JUSO Kanton Zürich*

Soziale Agenda Zürich - zum Lesen und Nachdenken

Die Gesellschaft in der Schweiz droht auseinander zu driften. Bisherige Solidaritäten bröckeln ab. Eine kleine Schicht von Grossverdienern koppelt sich von der Gesellschaft ab, während unten die Armut zunimmt und immer mehr Menschen kaum mehr Lösungen für ihre sozialen Probleme finden.

Auf der einen Seite stehen die Reichen und Superreichen, deren Einkommen und Vermögen explodieren. Sie sind die einzigen wirklichen Profiteure der Steuersenkungen und jammern gleichzeitig lautstark über zu hohe Sozialkosten.

Auf der anderen Seite sind die Normalverdienerinnen und TieflohnerInnen, die mit ihrem Einkommen kaum auskommen, Behinderte und Erwerbslose, die sich vergeblich um einen Job bemühen, Jugendliche ohne Lehrstelle und ohne Zukunftsperspektive. Immer mehr Menschen finden keinen gesicherten Platz in der Gesellschaft.

Zürich ist der Vorposten des Auseinanderdriftens der Gesellschaft. Gesellschaftliche Entwicklungen zeichnen sich hier früher ab als anderswo:

- Zürich ist der Hauptkanton der Abzocker, die Millionen ohne Gegenleistung kassieren. Eine wachsende Managerschicht hat sich in den letzten Jahren jährlich hohe Gehaltserhöhungen zugeschanzt. Auf einige tausend weitere Glückliche geht zudem ein Bonusregen nieder. Für das Fussvolk der Lohnabhängigen gab es in der gleichen Zeit kaum 1% mehr Lohn. In Zeiten von Rekordgewinnen für die Besitzer der grossen Unternehmen stagnieren die Lohnsummen seit Jahren.
- Zürich ist der Platz einer Finanzwirtschaft, die immer mehr abhebt, um in der Spekulation Maximal-Renditen von 25% und mehr zu erreichen, was in der Realwirtschaft unmöglich ist.
- Zürich ist der Sitz der neoliberalen Ideologen von "avenir suisse", welche alles dem Markt überlassen, öffentliche Dienste auflösen und Sozialwerke abbauen wollen.

Der neue Bürgerblock in Zürich zeigt dies: Die FDP ist die Partei des Finanzplatzes, der Reichen an den Sonnenhängen. Die SVP gaukelt breiteren Volksschichten vor, sie zu vertreten. In Wirklichkeit vertritt sie aber das Geschäft der spekulativen Wirtschaft (vgl. die Connection Swissfirst-Bellevue-Weltwoche-Ebner-u.a.) und verschafft diesen Reichen Steuergeschenke zulasten der öffentlichen Dienstleistungen im Kanton Zürich. Diese Politik schädigt die kleinen und mittleren Unternehmen, gefährdet zahlreiche Arbeitsplätze und untergräbt die sozialen Grundpfeiler der Gesellschaft.

In den Wahlen im Kanton Zürich hat sich all dies kaum gespiegelt. Viele Probleme blieben unter dem Deckel. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass nur ein Drittel der Stimmberechtigten, d.h. nur etwa ein Viertel der aktiven Bevölkerung daran teilgenommen hat. Dabei gibt es klare soziale Brennpunkte. Die soziale Desintegration zeigt sich im Schulalltag, in den Quartieren und bei den überlasteten Sozialämtern. Abhilfe kann nicht mit Schnellschüssen, sondern nur mit einer neuen Politik geschaffen werden: einer Politik, die die Mehrheit der Bevölkerung und nicht die Reichen im Zentrum hat!

Deshalb muss die Zürcher SP mit politischen Antworten auf soziale Probleme nahe bei den Menschen sein und Handlungsmöglichkeiten auf Bundes- und Kantonsebene aufzeigen.

1. Stopp dem Abzockerkapitalismus

In Zürich dominiert immer mehr eine Abzockerlogik, welche alles kaputtzumachen droht, was nicht 25% Eigenkapitalrendite liefert. Selbst die Kantonbank ist von dieser Logik erfasst und erfüllt ihren Zweckartikel (Beitrag zu volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben) immer weniger. Gleichzeitig macht Zürich wacker mit im Steuerwettbewerb, mit Pauschalbesteuerungen, mit Steuererlass an moderne Raubritter wie Vekselberg und Steuersenkungen für die Reichen.

Im Kanton Zürich:

- Schluss mit der Politik der Steuergeschenke an Reiche.
- Verstärkung der Harmonisierung der Steuersätze im Kanton resp. des Finanzausgleichs.
- Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrags durch die ZKB und Schluss mit sozial schädlichen Bankgeschäften.

Auf Bundesebene:

- Wir stoppen die Unternehmenssteuerreform II.
- Volksinitiative der SP Schweiz für mehr Steuergerechtigkeit.
- Griffige Gesetze gegen Hedge Funds.

2. Kaufkraft der Leute stärken

Für die Mehrheit der Menschen im Kanton Zürich hat die reale Kaufkraft in den letzten 15 Jahren stagniert oder ist gesunken, weil die Löhne zu wenig gestiegen und die indirekten Steuern und Abgaben gewachsen sind. Kinder werden zunehmend zum Armutsrisiko.

Soziale Agenda Zürich - zum Lesen und Handeln

Im Kanton Zürich:

- Senkung der indirekten Steuern und Taxen und Ersetzung durch progressive Steuern, Verstärkung Krankenkassensubventionen.
- Keine Löhne unter 3500.- Franken - dreizehnmal im Jahr! Keine öffentlichen Aufträge mehr an Betriebe, die tiefere Löhne zahlen.

3. Gleichstellung und Chancen für die Frauen

Frauen haben unterdessen zwar die gleiche schulische Ausbildung, sind aber im Beruf weiterhin benachteiligt, vor allem durch die Doppelbelastung mit Familienaufgaben. Sie verdienen immer noch 20% weniger als Männer. Die fehlenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung verringern ihre beruflichen Chancen und machen die Doppelbelastung zum Spiessrutenlauf.

Im Kanton Zürich:

- Überprüfung der Löhne der öffentlichen Hand auf Geschlechterdiskriminierung: In den öffentlichen Submissionsverfahren dürfen keine Aufträge mehr an Betriebe vergeben werden, welche die Gleichstellungsbedingungen nicht erfüllen.
- Unterstützung der Kinderbetreuungs-Initiative des Gewerkschaftsbundes.
- Familienverträgliche Umgestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitszeiten sowie gleichmässige Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit.

Auf Bundesebene:

- Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes.

4. Lehrstellenkrise - eine soziale Zeitbombe

Der Mangel an Lehrstellen im Kanton Zürich blockiert jährlich Tausende von Jugendlichen in ihrer Entwicklung. Die zukunftslose Leere mit dem späteren Gang zum Sozialamt ist die katastrophale Konsequenz für viele SchulabgängerInnen. Diese Perspektivlosigkeit vergiftet das schulische Lernklima bereits ab der 7. Klasse und ist hauptverantwortlich für viele Probleme in der Oberstufe. Die Bürgerlichen verhindern beharrlich Lehrwerkstätten und Basislehrjahre. Ihre Appelle in Richtung Arbeitgeber ändern nichts daran, dass die Anzahl der Lehrstellen rückläufig ist und drei Viertel der Betriebe keine Lehrlinge ausbilden.

Im Kanton Zürich:

Kein Schulabgänger, keine Schulabgängerin ohne Anschlusslösung! Eine in anderen Kantonen erprobte und wirksame Antwort ist die Schaffung eines Berufsbildungsfonds, der von den Betrieben finanziert wird, die keine Lehrlinge ausbilden.

Damit können neue Lehrstellen geschaffen sowie innovative Wege in der Beruflichen Weiterbildung finanziert werden. In den öffentlichen Submissionsverfahren dürfen keine Aufträge mehr an Betriebe (ab einer bestimmten Grösse) vergeben werden, die nicht ausbilden.

5. Für eine Weiterbildungsoffensive

Die Chancen in unserer Gesellschaft sind ungerecht verteilt. Wer die härtesten und gefährlichsten Arbeiten verrichtet, hat niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten. Das wichtigste Mittel, um Menschen Chancen und Perspektiven zu geben, ist die Weiterbildung. Der Kanton Zürich braucht eine mehrjährige Weiterbildungsoffensive statt Sparpakete zulasten von Weiterbildungsinstitutionen und Förderprogrammen in Schulen und für Arbeitslose. Angesprochen werden sollen auch Hausmänner und Hausfrauen, die für einige Jahre aus dem Erwerbsleben aussteigen, um sich der Erziehung der Kinder und der Hausarbeit zu widmen. Weiterbildungsfernere Schichten, MigrantInnen, aber auch ältere ArbeitnehmerInnen, welche noch zehn oder mehr Jahre bis zur AHV vor sich haben, die aber nie die Möglichkeit hatten, ihre Qualifikation aufzufrischen. Weiterbildung ist die nachhaltigste Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik überhaupt.

Im Kanton Zürich:

- Schaffen neuer Weiterbildungsmöglichkeiten zu sozialverträglichen Tarifen.
- Betriebe gewähren bezahlten Weiterbildungsurlaub und fördern die soziale Integration ihrer Arbeitnehmer.

Auf Bundesebene:

- Soziales Grundrecht auf Bildung in der Verfassung verankern.

6. Migration

Wieder versuchen die Arbeitgeber, die Immigration als Druckmittel auf die Löhne auszunützen. Während noch Tausende in Zürich Ansässige arbeitslos sind, werden bereits wieder billigere ArbeitnehmerInnen aus dem Ausland angelockt als Temporäre, zu Stundenlöhnen von 12 bis 15 Franken, wovon im Kanton Zürich niemand leben kann. Gleichzeitig gilt immer noch: "Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen." (Max Frisch) Neben allen Pflichten (Arbeiten, Steuern zahlen, Gesetze einhalten) müssen MigrantInnen endlich auch soziale und politische Rechte erhalten.

Verantwortlich für die Redaktion der Information Nr. 18

Marianne de Mestral / Karl Gruber, Co-Präsident/in der Arbeitsgemeinschaft Alter

Im Kanton Zürich:

- Kontrolle der Löhne und Arbeitsbedingungen auf Einhaltung aller Standards. Temporärbüros, welche sich nicht daran halten, verlieren die Zulassung.
- Verpflichtung der Arbeitgeber und der neu angestellten MigrantInnen auf Besuch von Deutschkursen während der Arbeitszeit.
- Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen.

7. Wohnen /Siedlungspolitik

Während bei vielen Produkten des täglichen Lebens die Teuerung fast gleich Null ist, steigen die Preise fürs Wohnen ständig. Die hohen Bodenpreise haben zur Folge, dass fast nur noch Eigentumswohnungen entstehen und Mietwohnungen bald unerschwinglich werden. Gleichzeitig fördert die Siedlungs- und Verkehrspolitik die soziale Entmischung: Ärmere Gemeinden werden unattraktiver; TieföhnerInnen aller Nationen finden sich in eigentlichen Wohnghettos wieder.

Im Kanton Zürich:

- Die Kantonalkbank darf keine Zinspolitik zulasten der MieterInnen und kleinen Wohneigentumsbesitzer betreiben.
- Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus durch Abtretung von Bauland im Baurecht und günstige Kredite.
- Stopp der sozialen Entmischung.
- Stopp der Zersiedelung durch forcierten Einfamilienhausbau.

Auf Bundesebene:

- Schluss mit den Steuerprivilegien für Hausbesitzer.

8. Altwerden in Würde

Immer mehr Leute sind nach 60 erschöpft oder ausgebrannt vom immer grösseren Arbeitsstress und wünschen sich einen individuell flexiblen Übergang ins Rentenalter. Sie wollen durchaus noch aktiv sein, aber nicht mehr den Stress der Erwerbsarbeit haben. Ein Altwerden in Würde und Sicherheit muss nicht nur für Grossverdiener möglich sein. Bundesrat Couchepin hat nichts gelernt. Er legt die vom Volk hochkant abgelehnte 11. AHV-Revision erneut auf – mit der Erhöhung des Frauenrentenalters, ohne soziales Frühpensionierungsmodell, mit Rentenkürzungen. Der Bundesrat prophezeit den AHV-Kollaps und will, dass alle noch länger arbeiten. Dabei ist die AHV kerngesund und hat Milliardenüberschüsse erzielt.

Im Kanton Zürich:

- Zur Entlastung pflegender Angehöriger:

Förderung von familienergänzenden Betreuungsangebote für pflegebedürftige Betagte in guter Qualität und zu sozialverträglichen Tarifen.

Auf Bundesebene:

- Für ein sozial ausgestaltetes, flexibles Rentenalter, das auch den unteren und mittleren Einkommen offen steht, wie es die Volksinitiative des SGB "für ein flexibles AHV-Alter ab 62" will.
- Für Pflegeleistungen, welche für alle tragbar sind und durch eine eidgenössische Erbschaftssteuer finanziert werden.

Schlussfolgerungen

Dies einige soziale Brennpunkte und Reformvorschläge, welche im Kanton Zürich auf der Agenda stehen. Diese soziale Agenda muss sich mit der ökologischen Agenda verbinden, welche unter dem Druck der bevorstehenden Klimakatastrophe immer dringlicher geworden ist. Dass in diesem Papier keine umwelt- und energiepolitischen Forderungen stehen, heisst nicht, dass wir diese nicht wichtig finden. Wir werden deshalb auch die ökologische Agenda, die sicher noch kommt, unterstützen.

Die Politik der sozialen und ökologischen Agenda kann erfolgreich sein, weil sie Perspektiven aufzeigt für Leute, die skeptisch geworden sind. Eine solche Politik wirkt mobilisierend weil sie zeigt, dass es sich lohnt, für eine wirkliche Änderung zu kämpfen. Möglich ist dies aber nur in einem Bündnis aller fortschrittlicher Kräfte, der SP, der Grünen, der Alternativen, der Gewerkschaften und anderer Arbeitnehmerorganisationen, der sozialen Bewegungen, der Organisationen der MigrantInnen, des Mieterverbandes, etc. Mit starken, profilierten Vorstössen wird es auch möglich sein, punktuell mit den Mitteparteien zusammenzuarbeiten. Für eine solche Politik wollen wir uns in der nächsten Zeit engagieren!

Die Soziale Agenda Zürich trägt die Unterschrift von 28 engagierten ErstunterzeichnerInnen, welche sich über weitere mitunterzeichnende GenossInnen ausserordentlich freuen würden. Unterstützungsmittelungen per Post an AG Alter, SP Kanton Zürich, Hallwylstrasse 29, 8004 Zürich; per E-Mail an marianne.demestral@bluewin.ch oder an kuagruber@bluewin.ch